



**Mag. CHRISTIAN SAVOY**  
Universitätskommunikation

Tel.: +43 732 2468-3012  
Fax: +43 732 2468-9839  
christian.savoy@jku.at

Linz, 22. April 2013

## **Richtungsstreit in Drogenpolitik – Experten der JKU mahnen zur Sachlichkeit**

*In der jüngst wieder aufgeflammtten Debatte um den Umgang mit der Drogenproblematik mahnen die Juristen Prof. Richard Soyer und Ass.iur. Stefan Schumann (beide Institut für Strafrechtswissenschaften an der Johannes Kepler Universität (JKU) Linz) zur Sachlichkeit. Beide Experten haben erst 2012 an einem großen internationalen Forschungsprojekt zum Thema „Illegale Drogen und Drogendelikte – neue Herausforderungen und Entwicklungen in der europäischen Strafrechtsentwicklung“ gearbeitet (IDDO-Report).*

*„Unbestreitbar ist: Drogensucht ist eine Krankheit. Und wie Krankheiten wirksam zu behandeln sind, ist eine medizinische Frage; sie ist von den medizinischen Wissenschaften zu klären. Klar ist auch, dass sich medizinische Behandlungen nicht im rechtsfreien Raum bewegen und es nicht immer eindeutige Lösungen gibt“,* stellt Prof. Soyer klar. Er hat gemeinsam mit Ass.iur. Schumann am IDDO-Report mitgearbeitet, der den Umgang mit der Drogenproblematik in Österreich, Polen und Spanien untersucht hat. Insbesondere die Zusammenarbeit und die Herangehensweise von Justiz und Medizin wurden dabei unter die Lupe genommen.

### **Mangelhafte Kommunikation**

*„Der Report belegt, dass mangelnde Kommunikation und dadurch bewirkte Missverständnisse zwischen den verschiedenen Berufsgruppen, die mit dem Spannungsfeld von Sucht, Therapie und Strafe befasst sind, zu einem der größten Probleme im Umgang mit Sucht und Suchtgiftkriminalität zählen“,* resümiert Soyer. *„Dieser eklatante Mangel erschwert es, das Problem an der Wurzel zu packen. Die Wurzel aber sind vielfältige Formen klinisch diagnostizierbarer psychiatrischer Erkrankungen, die mit Substanzmissbrauch einhergehen*

*und diesem zugrunde liegen.*“ Die Unterschiede sind eklatant: So befürworten 79 Prozent der österreichischen Drogenärzte eine erforderlichenfalls lebenslange Substitutionstherapie (Drogensersatztherapie) als Ausstiegsmöglichkeit aus der Drogensucht, während nur elf Prozent der heimischen Richter und Staatsanwälte darin eine sinnvolle Gangart sehen. Anders in Spanien, einem Land mit einer liberalen Drogenpolitik: Mehr als 77 Prozent der befragten Richter und Staatsanwälte und mehr als 73 Prozent der befragten Therapeuten forderten den Ausbau der Möglichkeiten, neben oder statt einer Strafe gesundheitsbezogene Maßnahmen anzuordnen.

Generell sind die Ansätze zwischen den Ländern enorm unterschiedlich: Während in Spanien jeder Dritte von 60.000 Strafgefangenen eine Methadon-Behandlung erhält, stehen in Polen nur 1.000 Plätze für Drogenentzugs- und Substitutionsprogramme zur Verfügung. In Österreich gibt es mehr als 200 spezialisierte Einrichtungen für Drogensucht-Betroffene; 8,6 Prozent der 8.800 Gefangenen unterziehen sich einer Drogensersatztherapie.

### **Interdisziplinäre Herausforderung**

Ein Blick auf die spanischen Ergebnisse legt jedoch die Vermutung nahe, dass eine an medizinischen Erkenntnissen orientierte Drogenpolitik überzeugende Wirkung entfaltet.

*„Wichtig erscheint daher, die Kommunikation zu verbessern, über Suchterkrankungen und Therapieformen nicht nur unter Medizinern diskutieren zu lassen, sondern die medizinischen Grundlagen gut verständlich auch gegenüber Politik, Gesetzgebung und Justiz, letztlich gegenüber der Gesellschaft als solcher zu transportieren“*, betont Soyer. Nur so könne es gelingen, eine sachorientierte Debatte zu führen.

### **Rückfragen:**

**Prof. Richard Soyer**

**Institut für Strafrechtswissenschaften**

**E-Mail: richard.soyer@jku.at**

**Tel.: 0699 / 126 26 600**